INFOBEREICH:

„Ich frage mich, warum es immer nur darum geht, was für „Probleme“ das Thema Asyl mit sich bringt, und nicht, wie sehr wir von neu hier lebenden Menschen profitieren, und zwar auf verschiedenste und großartige Weise!“
- IMKE

„Meiner Meinung nach muss die Asylpolitik überarbeitet werden. Flüchtlinge sollten hier arbeiten dürfen, denn viele von ihnen möchten das ja sogar sehr gerne. Wenn man ihnen die Möglichkeit zu arbeiten geben würde, wären sie beschäftigt, könnten ihr eigenes Geld verdienen, wodurch sie auch weniger vom Staat unterstützt werden müssten und sie würden dadurch besser hier integriert werden, da sie dann auch mit anderen Menschen hier aus Deutschland in Kontakt kämen.
Das ist das, was mir als erstes dazu einfällt, leider weiß ich auch nicht so besonders gut über das Thema bescheid.
Was mir noch wichtig ist, ist, dass die Flüchtlinge hier freundlich aufgenommen werden sollten und ihnen sollte das Gefühl gegeben werden,dass sie hier willkommen sind. Außerdem sollte Deutschland Mittelmeerländer wie Italien unterstützen bei den Flüchtlingsströmen und nicht Flüchtlinge, die es von dort bis nach Deutschland geschafft haben, sogar dort wieder hin abschieben.“
- CAROLIN

„Ich hoffe, das mehr Menschen statt ‚Das Boot ist voll‘ an ‚Wir sitzen alle im selben Boot‘ denken.
- PAUL

Herausgeberin
GRÜNE JUGEND Niedersachsen
Odeonstraße 4
30159 Hannover
Fon: (0511) 126 085 77
Fax: (0511) 126 085 70
E-Mail:
buero@gj-nds.de
Web: www.gj-nds.de
Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 84 31 500
BLZ: 251 205 10

Redaktion
Alice Juranek, Birte Driesner,
Marcel Duda, Rasmus Fach

Quote
Von 8 Artikeln wurden 4 von
Frauen verfasst. (Quote = 50%)

Druck
Umweltdruckerei Hannover
Auflage
700 Stück

Copy Left
Die Texte dieser IGEL-Ausgabe
stehen unter der GNU Free
Document License (NGNU FDL).

Anmerkung
Namentlich gekennzeichnete
Artikel geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion wieder.

Bildnachweis
Seite 15:
(CC BY-ND 2.0) Dennis Skley
Seite 19:
(CC BY-NC-SA 2.0) camera-caritatis
Seite 24:
(CC BY-NC-SA 2.0) robpatrick
Seite 30:
(CC BY-NC 2.0) Rasande Tyskar

INHALT

Aktuelles aus dem Landesvorstand 6

„Dieses Zeugs muss hier weg“ Asylkompromiss 1992/1993 8

Interview zum Film: „On The Run“ 11

ABC Der EU-Asylpolitik 14

Von unten florieren - Flüchtlingspolitik bottom up 17

LAK AntiRa: Bericht über Aktionen 19

LAG Migration und Flucht 20

Ortsgruppenticker 22

Festung Europa 24

Interview mit Andreas Listowell und Sieghard Wilm 25

Asylpolitik in Deutschland 28

Liebe Igel-Leser_innen,

endlich ist es soweit: ihr haltet die neue Ausgabe des Igels in euren Händen!
Diese Ausgabe ist äußerlich ein wenig aufgemacht wie eine Akte. Passend zum Thema Asyl, für das ihr euch mit großer Mehrheit entschieden habt
Ein Thema, bei dem es häufig zu sehr um Bürokratie und zu wenig um Mitgefühl geht. Ein Thema, das immer aktuell ist, große Wellen in den Medien schlägt und uns alle etwas angeht.
Ein Thema, das auch im Wahlkampf für die Europa-Wahl eine große Rolle spielen wird – es ist auch eines Hauptthemen beim Bundesverband der Grünen Jugend.
Das Thema ist so aktuell wie vielseitig. Die Artikel in dieser Ausgabe beleuchten die unterschiedlichsten Aspekte, sie umfassen vom Asylkompromiss über Interviews bis hin zu allgemeinen Artikel über das Thema Asyl wichtige Punkte, die wir immer im Kopf behalten sollten, wenn es um das Thema Asyl geht.
Neben den themenspezifischen Artikeln findet ihr natürlich auch gewohnte Kategorien zur Arbeit der Grünen Jugend. So erfahrt ihr im Ortsgruppenticker, was andere Ortsgruppen im vergangenen Jahr gemacht haben und welche Aktionen geplant sind. Außerdem berichtet der LaVo über seine Arbeit und der LAK Antira, sowie die LAG Migration und Flucht stellen sich vor.
Bei diesem Thema wünschen wir euch lieber keine Freude beim Lesen, sondern, dass ihr in den Artikeln Anregungen für euch persönlich oder vielleicht auch für Aktionen mit eurer Ortgruppe findet.
Wir freuen uns auf den nächsten Igel,

Eure IGEL-Redax

Was wir für den IGEL brauchten: *4 Treffen, 3 Telefonkonferenzen, 4 Computer, 1 Cloud-Storage mit nur 25 MB Daten, viel Geduld, unzählige E-Mails, ... , einige Tassen Kaffee, Fantasie, ...* **und eure tolle Mithilfe und eure Artikel.**

Cosima Werr berichtet

AKTUELLES AUS DEM LANDESVORSTAND

O.v.l.: Wiebke, Lennart, Malte, Ture
U.v.l.: Cosima, Imke, Simon, Katinka

Hallo liebe Leute,

Es ist schon wieder fast ein halbes Jahr rum und unsere (Ture,Simon,Imke,Wiebke, Lennart,Katinka,Cosima) Zeit im LaVo nähert sich dem Ende.
Was hat sich also getan seit unserem letzten Bericht im IGEL?
Seit unserer LMV im schönen Stadthagen ist Imke als neue Beisitzerin und Wiebke als Sprecherin im Lavo tätig. Auf der LMV waren übrigens auch viele neue Mitglieder anwesend und hier betonen wir gerne, dass wir einer der wenigen Landesverbände sind, die ein stetiges Mitgliederwachstum verzeichnen. Das liegt an euch und euren tollen Aktionen oder Ortsgruppen. Macht weiterhin die Türen für Neulinge auf, ihr seht es fruchtet!
Gleich nach der LMV sind wir unserem Beschluss „Schwarz-Grün? Nein Danke!“ gefolgt und haben die 6 niedersächsischen Bundestagsabgeordneten aufgefordert, gegen eine schwarz-grüne Koalition auf Bundesebene zu stimmen.Im Dezember 2013 fand das Ernährungsseminar unter dem Motto „Ernährung – global, regional, egal?“ “ statt und bot einen thematischen Einstieg in die Ernährungspolitik, von Welthunger bist zu Nährstoffkreisläufen und nachhaltiger Landwirtschaft.
Vom 31.1-2.2.12 wird, passend zur baldigen Europawahl, das Seminar „Europa - was uns zusammenhält“ in Osnabrück stattfinden. Wir werden uns mit viele spannende Themen z.B dem Freihandelsabkommen TTIP oder Rechtspopulismus in Europa auseinandersetzen. Außerdem gibt es noch ein schönes Seminar für Frauen: Vom 21.2. bis 23.2 findet das „Green-Grrrrls-Seminar“ in Hannover statt, mit Selbstverteidigungskurs und coolen Workshops.
Aktuelle Infos findet ihr auf unserer Homepage: www.gj-nds.de
Nutzt die Gelegenheit und nehmt an Seminaren teil!
Vom Seminar zum Landesarbeitskreis: Im November fand ein gut besuchtes LAK-Wochenende statt. Wie die Aktivität und Attraktivität der LAKs zu steigern ist, beschäftigt uns darüber hinaus schon länger.
Naziaufmärsche gab es leider auch. Auf die z.T. starken Repressionen auch gegen GJN-Mitglieder beim sog. „Tag der Deutschen Zukunft“ in Wolfsburg haben wir öffentlich hingewiesen und die Diskussion in die grüne Landtagsfraktion gebracht. In Bad Nenndorf engagieren wir uns weiterhin für euch im Aktionsbündnis. Letztes Jahr wurde erfolgreich blockiert und die Teilnehmeranzahl der Nazis sinkt, hoffentlich haben die Nazis dieses Jahr endlich genug und sagen ihren Aufmarsch ab!
Nun etwas sehr Erfreuliches: Wir haben uns, wie schon auf der letzten LMV angekündigt, den Haushalt vorgenommen und nach vielen und langen Diskussionen eine Erhöhung des

Zuschusses von Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen von 15.000€ auf 20.000€ jährlich erreichen können.
Außerdem haben wir einige Beschlüsse der GJN weitergetragen: Auf dem Bundeskongress der Grünen Jugend wurden zwei Anträge der GJN angenommen. Auf der LDK setzten wir uns mit Änderungsanträgen für das Prinzip Ernährungssouveränität, gegen die unkritische Förderung von Biogasanlagen sowie für die paritätische Besetzung von Schulvorständen ein.
Wir unterstützten die überparteiliche Jugendkonferenz „Kurdische Frage und Demokratisierung der Türkei". Ebenfalls haben wir im Zusammenhang mit der großen öffentlichen Diskussion zur Arbeitszeiterhöhung für Gymnasiallehrkräfte das „Bündnis pro Klassenfahrt" unterstützt und an deren Demonstration teilgenommen.
Jetzt steht schon wieder schneller als gedacht die nächste LMV vor der Tür: Vom 28.2-2.3.2014. Das Thema ist Europa und wir hoffen ihr kommt alle! Es wird ein komplett neuer LaVo gewählt, das ist eure Chance den Verband tiefer kennenzulernen, eure Ideen einzubringen und unglaublich viel zu lernen.
Wir sehen uns hoffentlich alle auf der LMV oder vorher auf einem Seminar, über Wünsche Anregungen und Ideen freuen wir uns immer!

Euer LaVo

Ps: Schaut doch öfters mal auf der Homepage vorbei da stehen spannende Artikel und es gibt alle Termine auf einen Blick: www.gj-nds.de

Imke stellt sich vor:

Hej! Ich bin Imke, und seit der LMV in Schaumburg als Beisitzerin in unserem tollen Landesvorstand dabei. Ich studiere Umweltwissenschaften in Lüneburg, mache mir also in jedem Lebensbereich fortwährend Gedanken um unsere geschundene Welt. Ich finde es grandios, dass es die Grüne Jugend gibt, in der wir (die Zukunft!) uns zusammenschließen und gemeinsam und voneinander so viel lernen können. Eigentlich war mein Hauptthema immer die Umwelt, denn ohne sie geht es nicht. In letzter Zeit interessiere ich mich aber sehr für die Genderdebatte und –wissenschaft, genauso wie ich gerade mehr über den Feminismus erfahren möchte. Diesen LaVo gibt es ja leider nicht mehr lang, aber ich konnte viele spannende Erfahrungen machen und bin sehr dankbar für diese Zeit!

FIT FOR POLITICS 2014 | QUALIFIZIERUNGSSEMINARE

für Ehren- und Hauptamtliche in Politik, Vereinen und Verbänden

Die Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen veranstaltet 2014 folgende Qualifizierungsseminare, bei denen ein Politikmanagement-Zertifikat erworben werden kann:

Sitzungs- und Diskussionsleitung
"Effektiv, geordnet und ergebnisorientiert"
28. Februar / 01. März

Zeit- und Selbstmanagement
"Meine Kompetenzen optimal einsetzen"
28. / 29. März

Rede- und Medientraining
"Wirkungsvoll und souverän!"
09. / 10. Mai

Präsentationstechniken
"Wirkungsvoll präsentieren!"
26. / 27. September

Gender_Diversity_Kompetenz
"Vielfalt_gestalten!"
17. / 18. Oktober

Körper-, Stimm und Sprechtraining
"Arbeiten am gelungenen Auftritt"
21. / 22. März

Arbeiten mit großen Gruppen
"(Nicht nur) für NewcomerInnen"
25. / 26. April

Gender_Diversity_Kompetenz
"[Das] spiel' mit den Geschlechtern!"
12. / 13. September

Presse und Öffentlichkeitsarbeit
"... und alle sprechen über uns!"
10. / 11. Oktober

Projektmanagement
"Das Ziel immer im Blick!"
14. /15. November

Teilnahmebeitrag pro Seminar 40,- Euro, gesamte Reihe 360,- Euro
Die Seminare finden im Pavillon Hannover statt
Weitere Infos und Anmeldung: www.slu-boell.de | info@slu-boell.de

STIFTUNG LEBEN & UMWELT
HEINRICH BÖLL STIFTUNG NIEDERSACHSEN

Christian Hinrichs

„DIESES ZEUGS MUSS HIER WEG“

DER ASYLKOMPROMISS 1992/1993

Derbe Worte fand der Kommunalpolitiker Wilhelm Schmans Anfang der 90er Jahre, um gegen die Unterbringung von „Asylbewerber_innen“ in seinem beschaulichen Heimatort Jesteburg zu protestieren. „Dieses Zeugs muss hier weg“[1] sagte er und spitzte mit dieser brutalen Rhetorik eine Stimmung dermaßen unverblümt zu, die in der deutschen Mehrheitsgesellschaft von nicht wenigen geteilt wurde: Geflüchtete Menschen seien in der Masse, die als homogen wahrgenommen wird, eine Bedrohung für Wohlstand und Sicherheit der deutschen Bevölkerung. Damals wie heute war und ist viel von einer „Flut“ oder einer „Welle“ von Menschen die Rede, die den deutschen Staat zu überfluten droht. Die einzelnen heterogenen Individuen mit ihren höchst differenten Lebensläufen werden nicht mehr wahrgenommen. Sie sind keine Menschen mit einer jeweils persönlichen Vergangenheit und Zukunft, sie sind „Asylanten“, „Tiere“, oder eben „Zeugs“. Alles, nur keine Menschen.

Dieser Artikel widmet sich der Frage, warum mit dem Asylkompromiss das Asylrecht 1992 faktisch abgeschafft wurde, wie es dazu kam, und skizziert, wie sich die Diskurse und Auseinandersetzungen in Politik, Medien und Gesellschaft zugetragen haben. Immerhin stand Herr Schmans mit seiner Meinung nicht allein und öffentliche Äußerungen, wie die seine haben dazu beigetragen, dass ein Klima entstanden ist, dass letztlich zu tödlichen Pogromen führte. Abschließend wird der Artikel thematisieren, ob sich die neue Flüchtlingsdebatte seit 2012 mit den Ereignissen in den 90er Jahren in Verbindung bringen lassen.

Zur Vorgeschichte

Bereits seit dem Ende der 80er Jahre wurde der Grundgesetz-Artikel 16 „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ immer wieder politisch in Frage gestellt. Der alte Artikel 16 hatte nämlich einen besonderen Charakter: Das Asylrecht als Grundrecht konzipiert, konnte nicht durch Bundesgesetze eingeschränkt werden und war daher europaweit durch seine weite Auslegung mit dem Blick auf die Verpflichtung zur Fürsorge für die Geflüchteten einmalig. In der Literatur wird diese Großzügigkeit der Verfasser_innen des Grundgesetzes durch die noch frischen Erfahrungen des deutschen Nationalsozialismus erklärt. Über eine halbe Millionen Menschen flüchteten damals im Laufe der Zeit aus Deutschland. Allerdings hatte sich die Welt geändert: Mit dem Zusammenbruch der Blockkonfrontation zwischen Ost und West und den damit verbundenen Staatsbildungsprozesse samt ihrer innerstaatlichen Konflikten veränderten sich die Bedingungen. Plötzlich forderten Menschen dieses Recht ein, die zuvor hinter dem eisernen Vorhang weggeschlossen waren und daher nie bei dem Entstehungskontext des bundesdeutschen Asylrechts mitgedacht wurden. Um es deutlich zu sagen: Der alte Artikel 16 war für weiße Menschen der sog. ‚Westlichen Hemisphäre‘ gedacht. Für niemanden sonst. Durch die offene Formulierung aber konnten weitere Menschen dieses Recht einfordern. Die Zahl der Asylanträge nahm zu und erreichte im Jahr 1992 den Höchststand von 438.191 Anträgen. Eine angebliche „Flut“ also, die anscheinend das Boot zu überschwemmen droht. Es kamen jedoch noch weitere Faktoren dazu.

Weitgehend unbeleuchtet hingegen ist die Rolle und Bedeutung der deutschen Wiedervereinigung für den Asyldiskurs. Die Geschichten der Bildung von Nationalstaaten zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich in Abgrenzung zu einem äußeren Feind konstituieren. Grenzen werden gezogen, ein Staatsgebilde entsteht. Ebenso ist die Vorstellung, dass eine eine Nation auch nach innen eine

[1] *Brinks, Jan Herman: Die Betroffenheit der Zauberlehrlinge. Blätter für deutsche und internationale Politik, September 2000, p.1031-34.*

weitgehend homogene Zusammensetzung der Bevölkerung aufweist, wirkungsmächtig. Mit der Wiedervereinigung ist ein neuer deutscher Staat entstanden, der friedlich eingebunden in die europäische Staatengemeinschaft war. Wie konstituiert sich nun also ein deutsches Nationalbewusstsein, wenn bspw. Frankreich als (Erb-)Feind ausfällt? Der Blick wendet sich nach innen und die Mehrheitsgesellschaft definiert, wer dazu gehört und wer nicht. Hier kommt nun der ohnehin in so gut, wie jeder Gesellschaft vorhandene Rassismus als weiterer entscheidender Faktor hinzu, der von der Ungleichwertigkeit menschlichen Lebens ausgeht. Rassismus ist eine gesellschaftliche Struktur, die durch frühe Sozialisation (also Erziehung und Aufwachsen in einer diskriminierenden Gesellschaft) tief in jedem einzelnen Individuum als auch in den Institutionen (Polizei, Gerichte, Schule,..) und Strukturen (Gesetze, Vorschriften. usw.) verankert ist. Dieses Verständnis ist wichtig, um bei der nachfolgenden Schilderung der damaligen Anti-Asyl-Kampagne nicht dem Trugschluss zu unterliegen, dass Rassismus nur ein Problem einiger weniger ist, sondern vielmehr sich in allen Schichten und gerade der Mitte unserer Gesellschaft vorfinden lässt. Also gibt es stets ein Potenzial rassistischen Denkens und Handelns, dass tief im Unterbewusstsein der Individuen besteht und geweckt werden kann. Dies ist Anfang der 90er Jahr in grausamer Art und Weise geschehen.

Ein Grundrecht wird Wahlkampfthema

Franz Josef Strauß hat einmal gesagt: „Rechts von der CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben". Daher reagierte die CSU mit einer eindeutigen Verschärfung ihrer Positionen und Stellungnahmen zum Thema Asyl an den rechten Rand, um den anfänglich wahlpolitisch erfolgreichen Republikanern und der DVU das Wasser abzugraben und übte ebenso auf die CDU massiven Druck aus. Mit Erfolg. Die CDU entdeckte das „Asylproblem" für sich. Kurz nach der Wende stiegen die Zahlen an und in zahlreichen Kommunen, die sich nicht rechtzeitig vorbereitet hatten, mussten eilig Notunterkünfte eingerichtet werden. Die Kosten für Versorgung und Unterbringung sprungen für die Kommunen an. Im September 1991 machte der damalige CDU-Generalsekretär, Volker Rühe, Stimmung. Er forderte seine Partei auf, die „besorgniserregende Entwicklung von Asylbewerberzahlen" in allen Stadträten, Kreistagen und Länderparlamenten zum Thema zu machen „und die SPD dort herauszufordern, gegenüber den Bürgern zu begründen, warum sie sich gegen eine Änderung des Grundgesetzes sperrt". Mit Musterentwürfen für Ratsbeschlüsse und Presseerklärungen sollten CDU-Kommunalpolitiker fragen, wie viele Kindergärten sich mit dem Geld für die Flüchtlingsversorgung finanzieren ließen oder wie viel Unterricht ausfiele, weil Notunterkünfte Schulen und Turnhallen blockierten. Wenn sich die SPD weiter gegen die Grundrechtsänderung sperre, so Rühe, sei jetzt jeder Asylant ein „SPD-Asylant" . Doch auch die SPD kleckerte sich nicht mit Ruhm - „an Kopf und Kragen packen und raus damit" meinte der SPD-Chef Farthmann in NRW. Die hasserfüllte Sprache, wie über Geflüchtete gesprochen wurde, kannte keine Grenzen mehr.

Ein Bündnis aus Elite und Mob

Auch ein großer Teil der Medienlandschaft griff das Thema auf und reproduzierte ungefiltert Ressentiments: „Die Asylanten-Katastrophe. Morgen auch bei uns?" (Bild), „Ansturm der Armen" (Spiegel), „Die neue Völkerwanderung: 500 Millionen unterwegs" (Geo).

„Ansturm der Armen":
Die Qualitätspresse hetzt mit

Rostock-Lichtenhagen: Der Mob schlägt zu, der Staat lässt gewähren...

Die Stimmung wurde immer explosiver. Vom Wort zur Tat fehlte nicht mehr viel. Flächendeckend kam es zu Ausschreitungen vor „Asybewerber_innenheime“ - u.a. im September 1991 machte Hoyerswerda den Anfang, es sollten Mölln, Solingen und Rostock-Lichtenhagen und viele weitere Orte folgen. Besonders bitter war es jedoch, dass die Opfer selber für ihre Situation verantwortlich gemacht wurden. Dagegen gab es viel Verständnis für die Täter_innen und den rumstehenden und applaudierenden Mob. Die Relativierung von rassistischen Gewalttaten war mehrheitsfähig geworden. Der Mob wurde von Teilen der politischen Elite als ‚Ordnungsfaktor‘ akzeptiert. Vor diesem Hintergrund stimmte die SPD im Dezember 1992 dem sog. Asylkompromiss mit der schwarz-gelben Bundesregierung zu.

20 Jahre nach dem Asylkompromiss

Im Jahr 2014 hat sich das deutsche Grenzregime europäisiert. Deutschland trägt Verantwortung an der Festung Europa. Die Menschen, die nach Europa wollen, werden bereits auf dem Mittelmeer abgewehrt. Die Drittstaatenregelung und das Flughafenverfahren wirkten als unmittelbare Folgen des Asylkompromisses nach. Seit einiger Zeit steigen jedoch wieder die Zahlen in der Asylstatistik. Der arabische Frühling und die Bürgerkriegsländer in der Region haben neue Fluchtbewegungen nach Europa ausgelöst. Neu ist jedoch eine teilweise Neujustierung des Asylrechts mit der höchstrichterlichen Rechtsprechung zum Asylbewerberleistungsgesetz und den Empowermentbemühungen innerhalb der Refugee-Proteste. Was sich jedoch von damals auf gar keinen Fall unterscheidet, ist die Struktur des Diskurses: Noch immer ist die Rede von „Scheinasylanten“, das Absprechen des Strebens nach einem guten Leben als nicht legitime „Armutszuwanderung“. Das wohlbekannte „Weltsozialamt Deutschland“ lässt grüßen.

Christian Hinrichs

Exil-Niedersachse in Hessen, studiert Soziologie in Marburg und ist als freier Koordinator im Bildungsbeirat der GRÜNEN JUGEND auf Bundesebene aktiv.

Wiebke Jablonowski

"ON THE RUN"

EIN INTERVIEW MIT MEHRDAD HOSSEIN RAZI

"On The Run" heißt ein Dokumentarfilm mit „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen". Ein Interview mit dem Produktionsleiter des Films Mehrdad Hossein Razi von Wiebke Jablonowski

Lieber Mehrdad, wovon handelt dein Film "On The Run"?

Der Film ist ein Dokumentarfilm und handelt von den Lebensgeschichten jugendlicher Flüchtlinge, die ohne ihre Eltern in Deutschland ankommen. Es geht in dem Film hauptsächlich um die Flucht aber wir zeigen auch, wie die Jugendlichen hier in Deutschland leben, was sie für Ängste und Probleme haben.

Wie bist du dazu gekommen den Film zu machen und wie ist der Film entstanden?

Ich bin seit neun Jahren in Deutschland und seit dem auch sehr aktiv in der Flüchtlingsarbeit. Außerdem habe ich pädagogische- und Filmerfahrung. Es gibt in Köln den Verein Sommerblut Kulturfestival e.V., der jedes Jahr eine Reihe von künstlerischen Veranstaltungen macht. Dieser Verein hat mich angefragt, ob ich ein Projekt mit Kindern und jugendlichen Flüchtlingen ohne Eltern in Köln machen würde. Für ein Festival im Mai 2013 sollte eine künstlerische Arbeit entstehen, bei der sich die Jugendlichen einbringen können, auch um ihre Traumata zu verarbeiten. Meine Idee war dann, einen Film zu machen und zwar nicht über die Jugendlichen, sondern mit ihrer Beteiligung. Mit dem Sommerblut Kulturfestival e.V. habe ich dann zusammen ein Konzept geschrieben, dass von der Akademie der Künste der Welt bewilligt wurde. Den Film habe ich in enger Zusammenarbeit mit dem Regisseur Arjang Omrani gedreht, der schon viel Erfahrung mit der Regie von Dokumentarfilmen hat.

Bevor wir mit dem Filmen begonnen haben, mussten wir zunächst einmal Kontakt zu den jugendlichen Flüchtlingen ohne Eltern aufnehmen. Wir haben mit Schulen, Einrichtungen, Vormunden, dem Jugendamt und dem Flüchtlingsrat gesprochen. Nachdem wir uns dann in den Schulen vorgestellt hatten, haben wir begonnen mit den Jugendlichen Gespräche zu führen. Wir haben uns ein paar Stunden in der Woche mit den Jugendlichen getroffen und versucht, eine vertrauensvolle Atmosphäre aufzubauen. In Workshops haben wir dann gemeinsam mit den Jugendlichen ihre Geschichten erarbeitet. Im Film werden Geschichten erzählt und Bilder gezeigt, die aus den Geschichten der Jugendlichen entstanden sind. Man sieht auch Szenen aus Griechenland, also von Stellen, von denen die Jugendlichen im Zusammenhang mit ihrer Flucht berichtet haben.

Arjang Omrani, Regisseur von "On The Run"

Was waren Schwierigkeiten bei der Produktion des Films?

Zunächst mal hatten die Jugendlichen keine Lust darauf, bei dem Film mitzumachen. Aber mit der Zeit und nach mehreren Gesprächen sind wir mit den Jugendlichen in guten Kontakt gekommen und es entstand eine Atmosphäre in der sie sich frei geäußert haben. Zum Glück waren auch einige Jugendliche dabei, die bis zum Ende mitgemacht haben und wir sind teilweise immer noch mit denen in Kontakt, bei facebook mit denen zusammen aktiv und so weiter.

Die Jugendlichen wollten aber nicht im Film erkennbar sein, deswegen haben wir uns daraufhin vorgenommen, den Film so zu gestalten, dass kein Bild und kein Ton von den Jugendlichen selbst auftaucht. Den Film haben wir dann mit Amateur-Schauspielern gedreht. Teilweise im Studio, wir haben aber auch Straßenperformances mitten in Köln gehabt. Wir wollten das Thema in die Öffentlichkeit bringen, dass die Menschen auf der Straße über das Thema ins Gespräch kommen. Und auch ihre Beteiligung in der Performance haben wir dann in den Film mit aufgenommen. Das ist ein Bisschen kompliziert das zu erzählen, man sollte den Film schon selbst sehen, ich will natürlich auch nicht dass, die Spannung verloren geht.

In welchem Alter waren denn die jugendlichen Flüchtlinge?
Die Jugendlichen waren 14-18 Jahre alt.

Wie viele jugendliche Flüchtlinge ohne Begleitung leben in Köln?
Die Zahl kann ich nicht genau sagen, in Köln leben ca. 100-150, das wurde uns von einigen Einrichtungen mitgeteilt.

Was sind deiner Meinung nach große Probleme für Jugendliche ohne Eltern, denen die Flucht nach Deutschland gelungen ist?
Wenn sie ankommen, wissen sie erst einmal nicht, wohin sie sollen. Einige Jugendliche haben uns erzählt, dass sie einfach auf der Straße waren und nicht wussten, was sie machen müssen. Irgendwann wurden sie dann von der Polizei festgenommen und dann zum Jugendamt geschickt.
Egal woher die Jugendlichen kommen, sie haben in Deutschland ein Recht auf Jugendschutz und Jugendhilfe, wenn sie unter 18 Jahre alt sind, der Staat will aber überprüfen, ob die Jugendlichen wirklich nicht älter sind. Das wird in verschiedenen Städten unterschiedlich gehandhabt. Einige Jugendliche müssen sich umstrittenen Altersfeststellungsuntersuchungen unterziehen, die teilweise gesundheitsgefährdend sind. Wird den Jugendlichen zugestanden, dass sie unter 18 Jahre alt sind, bekommen sie einen besonderen Schutz. Mit 18 erlischt aber dieser Schutz und viele Jugendliche haben große Angst, dass sie abgeschoben werden, sobald sie 18 Jahre alt werden. Das ist ein Problem, welches wir im Film aufgreifen, weil es in den Workshops und den Interviews mit den Jugendlichen angesprochen wurde.

Es ist immer hilfreich, wenn Jugendliche noch bevor sie 18 werden einen Schulabschluss machen und eine weiterführende Ausbildung beginnen, also zum Beispiel einen Ausbildungs- oder Studienplatz bekommen. Dann können sie auch nach ihrem 18. Geburtstag nicht so einfach abgeschoben werden. Ein großes Problem ist, wenn Jugendliche z.B. mit 17 in Deutschland ankommen, möglicherweise in ihrem Herkunftsland keine Schule besucht haben, wie können sie dann in nur einem Jahr einen Abschluss machen? Deshalb sollten Jugendliche auch über das 18. Lebensjahr hinaus weiterhin besonders geschützt werden, damit sie die Chance haben einen Abschluss zu machen und einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Es wäre außerdem gut, wenn alle Jugendlichen einen Anwalt bekommen. Das Problem ist, sie bekommen kein extra Geld für einen Anwalt, müssten ihn von ihrem Taschengeld bezahlen. Und da das nicht möglich ist und die meisten keinen Anwalt haben, verlieren viele so ihre Rechte.

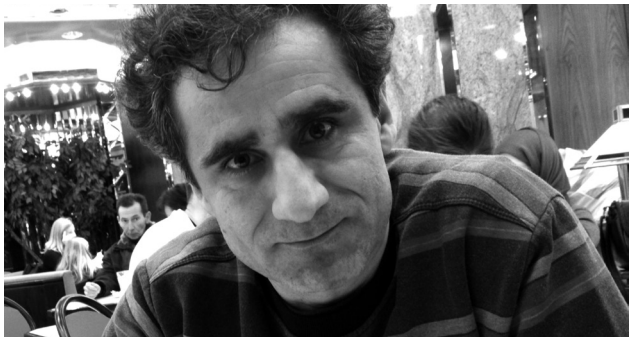
Was sollte sich für die Kinder und Jugendlichen ändern und was könnte deiner Meinung nach die Grüne Jugend tun?
Man kann sich öffnen für solche Leute, man kann sie besuchen, man kann sie fördern,

zum Beispiel beim Deutschkurs unterstützen. Als Unterstützer könnte man sich dann dafür einsetzen, dass die Jugendlichen genug gefördert werden, um den Schulabschluss zu erlangen. Familien könnten diese Jugendlichen sogar adoptieren. Das ist doch eine gute Sache, dass man an die Öffentlichkeit geht und sagt, Leute, wenn ihr wollt, dass die Jugendlichen nicht abgeschoben werden, dann können eure Familien versuchen, sie zu adoptieren. Ich weiß, dass das nicht so einfach ist, aber man kann es versuchen. Ich weiß von einzelnen Familien, die das geschafft haben.
Wichtig ist, das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen. Zu berichten, dass es solche Jugendlichen gibt, die in Deutschland ankommen ohne Eltern und Familie und die so viel traumatisierende Erlebnisse hinter sich haben. Sie haben ihre Familie teilweise sogar plötzlich auf der Flucht verloren.

Wo kann man sich “On The Run“ denn anschauen?
Ende April zum Beispiel wird der Film in einem Kino in Hannover gezeigt, das wird von dem Büro von Sven Kindler organisiert. Der Film wurde schon in Köln im Kino vorgeführt und wird dort noch ein mal im Mai gezeigt sowie im Februar in Oldenburg. Es soll auch noch andere Filmvorführungen geben. Wir würden den Film sehr gerne weiter verbreiten. Das Projekt wurde bis zu dem Filmfestival im Mai gefördert. Um den Film in einer besseren Qualität, auf DVD herauszubringen, brauchen wir noch finanzielle Mittel. Unterstützung können wir auch dabei gebrauchen, den Film einem möglichst großen Publikum zugänglich zu machen.

Wo können Leute die gerade den Igel lesen, sich darüber informieren, wo der Film läuft oder wie sie selbst eine Filmvorführung organisieren können?
Im Moment kann man uns per Email und per Telefon erreichen. Eine Website befindet sich im Aufbau. Es gibt noch sehr viel zu tun. Wir würden das Projekt z.B. auch gerne noch einmal in ähnlicher Form in anderen Städten durchführen. Es gibt noch so viele Jugendliche in einer ähnlichen Situation.
Das Problem ist, dass solche Projekte in Deutschland nicht so gut angesehen werden, wenn ich das so sagen darf. Also so scharf will ich das jetzt gar nicht formulieren. Man bekommt kaum Geld für solche Projekte. Wir sind der Akademie der Künste der Welt sehr dankbar, dass sie das Projekt gefördert haben. Sie waren am Ende super begeistert von dem Film und dem Projekt.

Vielen Dank für das super interessante Gespräch!



Mehrdad Razi *ist Künstler, Musiker und Pädagoge. Er wurde vor 38 Jahren im Iran geboren und hat dort persische Sprache, Literaturwissenschaften sowie Gesang studiert und unterrichtet. Er migrierte Ende 2004 nach Deutschland und lebte in Oldenburg, wo er auch bei Bündnis 90/ Die Grünen und Amnesty International aktiv war. Als Stipendiat der Böll-Stiftung studierte Mehrdad Razi in Oldenburg interkulturelle Bildung und Beratung. Mittlerweile lebt er in Köln, hat dort einen Zweifach-Master in Sprache und Kulturen der islamischen Welt und Musikwissenschaften absolviert, arbeitete als Pädagoge beim Jugendrotkreuz NRW und unterrichtet persische Sprache sowie persischen Gesang. 2013 hat Mehrdad Razi zusammen mit dem Regisseur Arjang Omrani den Dokumentarfilm “On The Run“ gedreht. Seine Freizeit verbringt Mehrdad Razi mit Singen, Literatur, Radfahren und Politik.*
Wer Mehrdad Razi und Arjang Omrani kontaktieren möchte kann das gerne machen:
Mehrdadrazi2010@gmail.com
arjang@sharedanthropology.org

Wiebke Jablonowski

ist Sprecherin der Grünen Jugend Niedersachsen und über wiebke.jablonowski@gjnds.de zu erreichen.

Marcel Duda

ABC DER EU-ASYLPOLITIK

Die Europawahl steht vor der Tür. Rechtspopulist*innen, welche in ganz Europa versuchen, Menschen als wirtschaftliches Problem zu definieren, können vermutlich deutlich gestärkt aus ihr hervorgehen. Das liegt auch daran, dass große Teile ihres menschenfeindlichen Programmes bereits durch die europäische Asylpolitik verwirklicht werden. Während in großen Teilen der Welt Armut, Vertreibung und Krieg an der Tagesordnung sind, drückt sich die europäische Union vor ihrer Verantwortung, hilfsbedürftigen Menschen Schutz zu bieten. Sie argumentiert dabei mit den gleichen pseudoökonomischen Argumenten wie die Rechtspopulist*innen. Europa sei ihrer Meinung nach wirtschaftlich unfähig, mehr Flüchtlinge als bisher aufzunehmen.

Auf der anderen Seite hat die europäische Union genug Geld, um in einen paramilitärischen und geheimdienstähnlichen Überwachungs- und Fluchtverhinderungsapparat zu investieren und Europa so mehr und mehr zur Festung zu machen. Diese Politik verstößt gegen alle Werte, die die EU vorgibt zu vertreten. Sie ist Menschenrechtswidrig und wird daher zurecht von den Grünen und der Grünen Jugend kritisiert. Die Grüne Jugend räumt dem Asylthema sogar einen Platz als Leitthema ihres Europawahlkampfes ein. Allerdings scheitert eine Behandlung des Themas häufig nicht nur an dumpfen Parolen der Gegenseite, sondern an einem Unverständnis der zentralen Begriffe. Bei allen Abkürzungen und Fachbegriffen lässt sich nämlich schnell der Überblick verlieren. Dieser Text gibt eine kurze Erklärung und Einordnung der wichtigsten Begriffe und Institutionen der europäischen Asyldebatte, um euch auf die Auseinandersetzungen am Wahlkampfstand vorzubereiten.

Dublin-Verordnung

Die Dublin-Verordnung regelt die Zuständigkeit der EU-Länder für Flüchtlinge und Abschiebungen in andere EU-Länder. Dublin überträgt die Zuständigkeit für Flüchtlinge grundsätzlich dem Staat, durch den sie die EU betraten. Stellt ein Flüchtling in einem anderen EU-Staat einen Asylantrag, so kann er*sie in das Land der Ersteinreise abgeschoben werden. Dies führt zu einer ungleichen Verteilung Asylsuchender auf die Ränder der Europäischen Union (Malta nimmt im Vergleich zu Deutschland bezogen auf die Bevölkerungszahl die fünffache Anzahl an Schutzsuchenden auf). Außerdem verlieren Flüchtlingen die Möglichkeit, menschenunwürdigen Asylsystemen wie in Italien oder Griechenland zu entfliehen.

Leichte Verbesserungen für Flüchtlinge bringt die letzte Änderung der Dublin-Verordnung (Dublin 3). Sie tritt anfang 2014 in Kraft. EU-Staaten dürfen Flüchtlinge jetzt „nur“ noch 12 Wochen in Abschiebehaft nehmen und müssen sie rechtzeitig über die Möglichkeit einer Klage gegen die Abschiebung informieren. Des Weiteren werden Familienzusammenführungen in Ländern, die eigentlich zuständig wären, erleichtert. Trotz dieser Lichtblicke bleibt die grundsätzliche Ungerechtigkeit des Dublin-Systems bestehen.

Als Grüne fordern wir die Abschaffung der Dublin-Verordnung und ein solidarisches europäisches Asylsystem, welches sich an den Bedürfnissen der Flüchtlinge und den Aufnahmekapazitäten der Mitgliedsstaaten orientiert. Darunter ist unter Anderem eine gleichere Verteilung der Asylsuchenden auf die Mitgliedsstaaten zu fassen. Leider begehen viele Grüne den Fehler, in diesem Zusammenhang von „fairer Lastenverteilung“

zu sprechen. Damit leisten sie der populistischen Erzählung, Flüchtlinge seien eine Belastung für die Sozialsysteme, ungewollt Vorschub. Als GRÜNE JUGEND sollten wir besonders darauf achten, diesem Irrweg nicht zu verfallen. Eine gerechte Verteilungsquote macht Sinn, weil sie allen Flüchtlingen eine individuellere und bessere Betreuung ermöglicht. Alle anderen, vor allem nationalistische, Gründe für die Abschaffung von Dublin sollten für uns irrelevant sein.

Eurodac

Eurodac ist eine europaweite Datenbank, die Fingerabdrücke sowohl von Asylbewerber*innen als auch von anerkannten Flüchtlingen enthält und bis zu 10 Jahre speichert. Sie wurde ursprünglich zur Durchsetzung der Dublin-Verordnung eingeführt. Mit ihr können Asylbehörden überprüfen, ob jemensch schon in einem anderen EU-Land Asyl beantragt hat. Da Grüne seit jeher für die menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingen sowie für Datenschutz eintraten, waren wir immer gegen Eurodac.

Trotz unseres Widerstands hat die EU die Eurodac-Verordnung noch weiter verschärft. Die neue Verordnung tritt voraussichtlich ab Mitte 2015 in Kraft und erlaubt Polizeibehörden den Zugriff auf Eurodac-Daten. Damit erreicht die EU eine neue Stufe der Stigmatisierung von Flüchtlingen. Sie werden pauschal als potentielle Straftäter*innen verunglimpft, bei denen ein solcher Grundrechtseingriff präventiv gerechtfertigt sei. So verstößt die EU übrigens auch gegen Artikel 8 und 14 ihrer eigenen Menschenrechtskonvention.

Eurosur

Das „European Border Surveilance System“ wurde erst vor Kurzem (2. Dezember 2013) beschlossen und ist eine weitere Verschärfung der europäischen Abschottungspolitik. Seine Aufgabe ist die Überwachung des Mittelmeerraums durch Sateliten der europäischen Weltraumagentur ESA. Diese liefern ihre Daten in Zukunft direkt an Frontex. Dadurch soll ein besserer Schutz vor „illegaler Migration“ und grenzüberschreitender Kriminalität gewährleistet werden.

Viele Befürworter*innen begründen die Neuregelung scheinheilig mit besseren Möglichkeiten zur Seenotrettung. Diese wird allerdings nur als ein Nebenziel in der Verordnung genannt Notlagen der Mittelmeerflüchtlinge sollen nicht durch legale Einreisemöglichkeiten wie humanitäre Visa, sondern durch eine noch stärkere Abschottungspolitik gelindert werden. Wer gleich in Afrika bleibt, kann schließlich keine unangenehmen Bilder vor Lampedusa liefern. Dass die Abschottungspolitik der EU einer der Hauptgründe für Fluchtwege über das Mittelmeer ist, wird dabei unter den Tisch gekehrt. Grüne und GRÜNE JUGEND lehnen Eurosur vollständig ab.

Frontex

Europäische Grenzschutzagentur. Wird im Text von Birte genauer beschrieben, weswegen ich hier auf eine weitere Erläuterung verzichte.

Rücknahmeabkommen

Die EU schließt seit einiger Zeit verstärkt Rücknahmeabkommen mit benachbarten Staaten. Sie zielen darauf ab, illegalisierte Migration aus diesen Ländern schon im Fluchtland zu verhindern und den Flüchtlingen somit das Recht auf ein Asylverfahren in der EU vorzuenthalten. Abkommen enthalten in der Regel eine Zusammenarbeit des Unterzeichnerstaats mit Frontex sowie die Einrichtung von „Auffanglagern" an den Landesgrenzen. So verlagert die EU das europäische Grenzregime in fremdes Staatsgebiet vor.

Rücknahmeabkommen sind besonders problematisch, wenn sie Staaten als Gegenleistung für wirtschaftliche oder politische Vorteile aufgedrückt werden (das neue Rücknahmeabkommen mit der Türkei ist ein gutes Beispiel hierfür). Außerdem schließt die EU viele der Abkommen mit fragilen und menschenrechtlich problematischen Staaten wie Pakistan ab, in denen Flüchtlinge mit Diskriminierungen oder sogar Folter rechnen müssen. Die Grünen lehnten bisher jedes Rücknahmeabkommen ab.

Schengenraum

In den Schengener Abkommen beschlossen viele EU-Staaten einen einheitlichen Grenzraum. Das bedeutet, dass Personengrenzkontrollen zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten wegfielen, während die Außengrenze des Schengenraums nach einheitlichen Standards kontrolliert wird. Ausnahmen der Kontrollfreiheit konnten bisher lediglich bei besonderen Ereignissen (politische oder sportliche Großveranstaltungen, Terroranschläge, etc.) und zeitlich eng begrenzt gewährt werden.

Nach der Neureglung der Schengenregeln im letzten Jahr steht Mitgliedstaaten nun auch die Möglichkeit für Grenzkontrollen aufgrund „nachhaltiger Defizite bei Kontrollen der Außengrenzen" durch einen anderen Schengenstaat offen. Dieser juristisch vage gehaltene Begriff kann in Zukunft maximal 6 Monate (mit Verlängerung 2 Jahre) Grenzkontrollen auf Willkür eines einzelnen Mitgliedsstaates begründen. Grüne fordern, Grenzkontrollen weiterhin nur nach Gemeinschaftsbeschluss zu erlauben.
Smart borders

„Smart borders" sind ein geplantes Grenzüberwachungsprogramm der EU-Kommission. Es soll Menschen ohne EU-Staatsbürgerschaft an Grenzübergängen dazu zwingen, ihre Fingerabdrücke in eine Datenbank einzuspeisen (sofern sie keinen präferierten Zugang etwa als Wirtschaftsvertreter*in haben). Mit Hilfe dieser Datenbank wird registriert, wie viele Ausländer*innen sich zu einem bestimmten Zeitpunkt in der EU befinden. Dadurch soll eine gezieltere Fahndung nach „overstayern" ermöglicht werden. Damit sind Menschen gemeint, die nach Ablauf ihres Visums weiterhin in der EU bleiben.

Neben der Kritik an europäischer Abschottungspolitik, die auf den „Smart borders"-Vorschlag ebenso wie auf andere Grenzschutzmaßnahmen zutrifft, hat das Programm einige ganz praktische Schwächen. So konnte die EU-Kommission bis heute nicht plausibel darlegen, wie Fingerabdrücke beim Aufspüren von Menschen hilft, deren Aufenthaltsort nach der Grenzüberquerung unbekannt ist. Auch das „Smart borders"-Packet wird von den Grünen abgelehnt und politisch bekämpft.

Marcel Duda

Marcel ist 22 Jahre alt, studiert Politikwissenschaften in Hannover und möchte eine Welt ohne Grenzen und Abschiebungen.

Mona Hosseini

VON UNTEN FLORIEREN- FLÜCHTLINGSPOLITIK BOTTOM UP

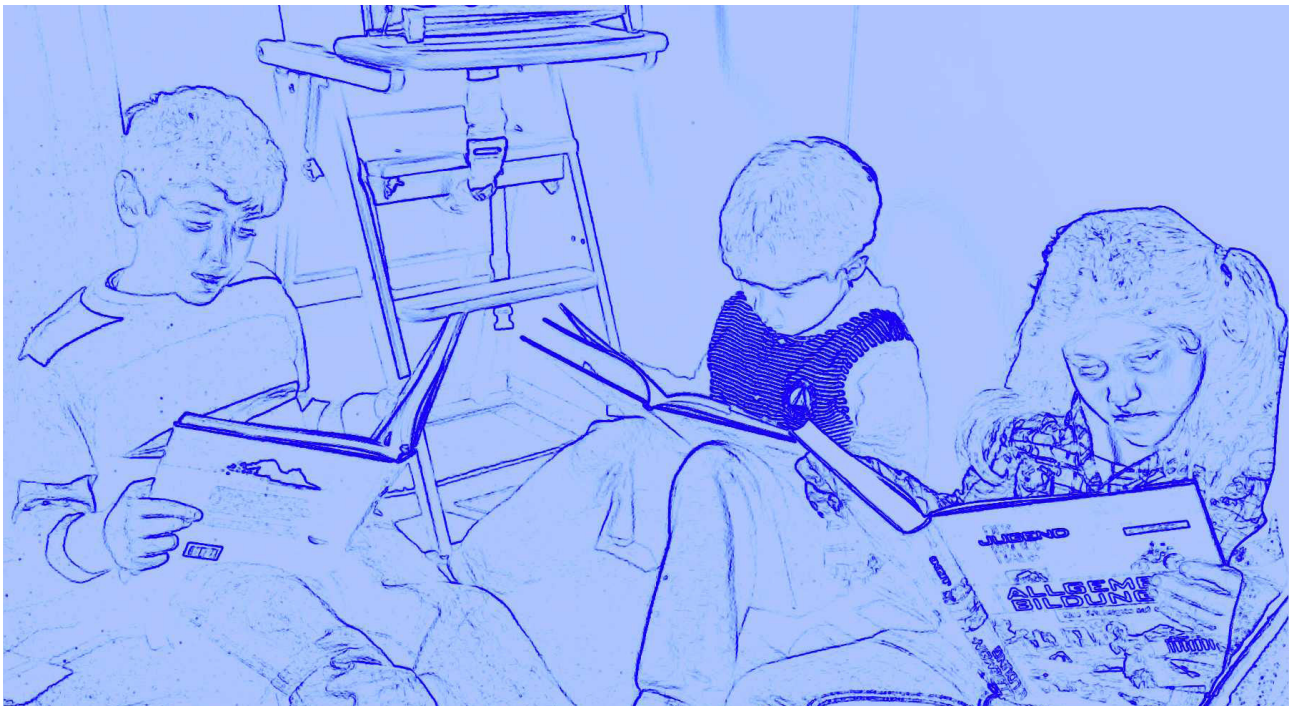
Nicht erst seit der Kritik und dem Angriff in Marzahn-Hellersdorf 2013 auf ein neu errichtetes Asylbewerberheim ist Asylpolitik ein wichtiges Politikfeld. Es ist so lange klar, dass Asylbewerber_innen nicht Menschen zweiter Klasse sind, wie solche jedoch behandelt werden. Auch nicht erst dann, als das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, dass das Geld, das Geflüchtete laut Asylbewerberleistungsgesetz bekommen unter dem Existenzminimum ist, wurde die Kritik zum ersten Mal geäußert. Auch nicht wegen Uwe Schünemanns restriktiven Abschiebepolitik, deren Ära beendet ist, ist Asylpolitik ein dringendes Thema. Der „Asylkompromiss“ von 1993, das Asylbewerberleistungsgesetz, hat das Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft. Dass auch die Medien das Thema Asylpolitik aufgreifen und auf die media agenda bringen, ist dringend nötig. Man muss nicht Politikwissenschaft studieren, um zu wissen, wie sich media agenda und die Politikagenda bedingen.

Dabei ist die lokale Ebene der Flüchtlingsarbeit eine sehr interessante. Flüchtlingspolitik erweckt oft den Anschein, es wäre ein Politikfeld, das nur auf der großen Ebene gedacht und behandelt werden kann. Asylpolitik auf europäischer Ebene hat dabei Auswirkungen auf Länder und Kommunen, wo die Menschen untergebracht werden und leben. Damit sind diese Ebenen unerlässlich für eine nachhaltige Lösungsfindung. Wahr ist auch, dass der Spielraum der Kommunalpolitik tatsächlich begrenzt ist, doch nichtsdestotrotz vorhanden und von Bedeutung. Vor einem Jahr, als Boris Pistorius den Erlass vorlegte, dass an Asylbewerber_innen Bargeld statt Gutscheine gezahlt werden, wurden die Kommunen insofern ins Boot geholt, dass sie letztendlich entscheiden konnten, ob sie Bargeld zahlen oder nicht. Auch die Unterbringung von Flüchtlingen gehört zu den Kompetenzen der Kommunen, die Gelder der Landesebene bekommen.

Neben den Kommunalpolitiker_innen, die sich auf lokaler Ebene engagieren, gibt es noch sehr viele zivilgesellschaftliche Initiativen. Flüchtlingsvereine und –verbände, die vor Ort helfen, Geflüchteten und ihren Kindern zur Seite stehen und den Kontakt zu den Menschen suchen, die einst ihr Herkunftsland verlassen mussten. Es sind Menschen, die sich gegen die Ungerechtigkeit und menschenunwürdige Situation echauffieren und aktiv werden. Dabei ist der Reiz an der Arbeit auf lokaler Ebene, dass die Früchte der eigenen Arbeit so schnell zu sehen sind, besonders hoch.

Aus eigener Erfahrung in Lüneburg, wo das Antirassismusreferat, der Flüchtlingshilfeverein amikeco e.V. und die neugegründete Willkommensinitiative eng zusammenarbeiten, um die Unterbringungssituation in Lüneburg zu verbessern, weiß ich, dass es schön ist, eng mit diesen Menschen zusammenzuarbeiten. Amikeco e.V. hat sich zum Ziel gesetzt, das Zusammenleben und Einfinden von Kindern und Jugendlichen vor Ort zu vereinfachen. Dabei geht es um kleine Hilfen, die in der Summe ganz groß

sind: tägliche Hausaufgabenbetreuung in der Sammelunterkunft, Ausflüge mit den Jugendlichen, kontinuierliche Angebote wie Theater, Schwimmen, Schlittschuhfahren, basteln, Sommerfeste. Weiterhin helfen die Engagierten den Familien bei Fragen, habe ein offenes Ohr und begleiten Familien sogar mal zur Ärztin. Amikeco e.V. steht dabei selbstverständlich nur stellvertretend für so viele zivilgesellschaftliche Akteur_innen, die das Leben von Asylbewerber_innen lebenswert machen.



Im Zuge einer Nachhaltigen Entwicklung braucht es neben einer ambitionierten Politik auch eine Zivilbevölkerung, die sich für soziale Belange einsetzt und von unten wirkt. In Berlin Hellersdorf und zahlreichen anderen Kommunen wurde im Sommer 2013 nicht zuletzt klar, dass Politikmaßnahmen vor Ort scheitern, wenn die hiesige Bevölkerung skeptisch dazusteht oder sogar dagegen ist. Grund dafür ist häufig, dass die Bürger_innen nicht informiert und erst recht nicht in die Entscheidungsfindung einbezogen wurden. Aus einem basisdemokratischen Grundverständnis ist es unser Interesse als GRÜNE JUGEND, dass Maßnahmen von der Zivilbevölkerung mitgetragen werden. Gut organisierte Interessensgruppen wie Initiativen und Vereine nach dem Vorbild von amikeco e.V. können politisch wirksam werden und Druck erzeugen. Engagement wie in solchen Flüchtlingshilfeverbänden und Teilnahme an partizipativen Formaten wie eines Runden Tischs zur Diskussion und Beratung der Flüchtlingspolitik vor Ort, sind Schritte zur Beeinflussung und Legitimation von politischen Regelungen. Wurden viele Akteur_innen und Bürger_innen einbezogen, ist die Akzeptanz von Entscheidungen schließlich höher.

Flüchtlingspolitik ist vor diesem Hintergrund nicht nur ein Politikfeld, das von jedem und jeder durch Mitarbeit in solchen Initiativen von unten bedient werden kann, sondern eines, das von unten florieren muss. Wo sich die Bevölkerung solidarisch füreinander einsetzt wie es amikeco e.V. für Geflüchtete

Mona Hosseini

Mona ist 20 Jahre alt, studiert Umweltwissenschaften und Volkswirtschaftslehre in Lüneburg und ist überzeugt, dass gut organisierte Interessensgruppen Veränderung von unten bewirken können.

LAK AntiRa

BERICHT ÜBER AKTIONEN

Der Landesarbeitskreis Anti-Rassismus (LAK AntiRa) ist einer aktivsten LAKs der GJN. Zuletzt beschäftigten wir uns auf dem LAK-Tag am 22.11. mit der rechtspopulistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD).

Nach einem Input von Christian Hinrichs wurde über mögliche Gegenstrategien, gerade in Hinblick auf die Europawahl im Mai 2014, diskutiert. Dabei wurden unter anderem die bisherigen Erfahrungen reflektiert, die z.B. in Göttingen im Umgang mit der AfD gemacht wurden.
Es wurde deutlich, dass der ansonsten bei Nazis übliche antifaschistische Umgang á la sabotieren + blockieren + niederpfeifen auf Grund der Tatsache, dass es sich bei der AfD, bis auf Einzelfälle, nicht um klassische Nazis handelt, nicht angebracht ist. Der immer noch existierende bürgerliche Deckmantel dieser neuen Rechtspopulist*innen macht solche Aktionsformen öffentlich unvertretbar. Um den Europawahlkampf erfolgreich behindern zu können, muss sich die Auseinandersetzung eher auf die Sachebene verlagern, Bündnisse mit anderen Akteur*innen, z.B. den Jusos, sind anzustreben. Dabei ist 2014 aber nicht nur auf die Europawahl zu achten. Es finden 2014 auch noch drei Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen statt. Diese AfD-Landesverbände gelten als besonders weit rechts, insofern sollte die aktuellen Entwicklungen dort besonders genau beobachtet werden. Grundsätzlich gilt das aber für alle Entwicklungen, der sich gerade in einem Richtungsstreit befindlichen AfD.
Des Weiteren plant der LAK AntiRa im Rahmen der „LAK AntiRa - Fight Fascism Tour" für das Jahr 2014 ein Seminar, diesmal in Northeim. Dieser Ort wurde gewählt, da es hier eine starke rechte Szene gibt und die dortige GJ-Basisgruppe verstärkt dazu arbeiten möchte. Der NPD-Landesparteitag konnte 2011 hier stattfinden, und die Anmelder und Organisator*innen des Trauermarsches in Bad Nenndorf 2013 kamen aus Northeim und Umgebung. Wir wollen uns mit den Hintergründen dieser rechten Tendenzen und gut funktionierenden Gegenstrategien auseinandersetzen, vielleicht sogar neue Gegenstrategien vor Ort entwickeln. Das Seminar wird ungefähr im April/Mai stattfinden, aber auf alle Fälle dürft ihr schon gespannt sein. Macht euch bereit für einen Stopp in Fledermausland!

LAG MIGRATION UND FLUCHT

In der Landesarbeitsgemeinschaft Migration und Flüchtlinge treffen sich Fachleute, PolitikerInnen und Interessierte (StudentenInnen, SchülerInnen etc.), die sich über die aktuellen politischen Vorgänge zu diesem Themenkomplex austauschen und informieren und auf die politische Entwicklung Einfluss nehmen möchten.

Wir bearbeiten Inhalte mit landesweiter, aber auch kommunaler und bundesweiter Relevanz. Unsere Arbeitsergebnisse stellen wir dar in Form von Beschlüssen, Anträgen und Materialien für andere Parteigliederungen. Hinzu kommt, dass die Mitglieder der LAG die Möglichkeit haben ihre Ideen, Veränderungswünsche, Meinung, Haltung, Kritik etc. gegenüber u. a. Landtags,- Bundestagsabgeordneten direkt zu äußern.

Um auch von außerhalb der Partei Meinungen und Anregungen zu erhalten, stellen wir Verbindungen zu externen Organisationen her. Gäste aus der Praxis, aus anderen Parteigremien oder Fraktionen sind uns immer willkommen. Ein Beispiel hierfür ist, dass wir von einer Mitarbeiterin des niedersächsischen Kultusministeriums einen Input zum Thema „Migrationspolitische Aspekte der inklusiven Schule: Mehrsprachigkeit und Auflösung der Förderschulen Lernen/ Förderung in Regelschulen“ erhielten.

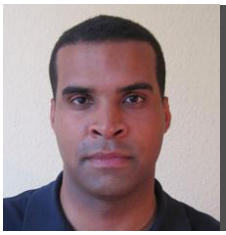
In die BAG Migration und Flüchtlinge entsenden wir stimmberechtigte Delegierte, die dort unsere Meinung (Bundesland Niedersachsen) vertreten und uns wichtige Informationen zutragen.

Außerdem wurde zur Bundestagswahl durch Mitglieder der LAG Migration und Flüchtlinge ein eigener Flyer unserer Yeşiliz-Initiative erstellt. In dem „Yesiliz Flyer“ haben wir in Stichpunkten unsere migrationspolitischen Kernforderungen vermittelt. Der Flyer steht in den Sprachen Deutsch, Arabisch, Englisch, Französisch, Kurdisch, Polnisch, Russisch, Spanisch und Türkisch zur Verfügung. Ziel des Flyers war Menschen mit Migrationshintergrund zu werben und über migrationspolitische Inhalte zu informieren.

Um eine effiziente Arbeitsweise zu gewährleisten, treffen wir uns ca. alle zwei Monate in Hannover. Wir freuen uns über Interessierte und neue Mitglieder.

Selin Arikoglu

LAG-Sprecherin
T: 017661516105
lag-migration@gruene-niedersachsen.de



Christopher Steiner

LAG-Sprecher
Weidkampshaide 2b
30659 Hannover
T: 01744560982
lag-migration@gruene-niedersachsen.de

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN NIEDERSACHSEN

GRÜNE ERFOLGE!

1 JAHR ROT-GRÜN IN NIEDERSACHSEN

ABSCHAFFUNG DER STUDIENGEBÜHREN BESCHLOSSEN!

MINDESTLOHN VON 8,50 EURO BEI ÖFFENTLICHEN AUFTRÄGEN EINGEFÜHRT!

UNMENSCHLICHE WERTGUTSCHEINPRAXIS BEENDET!

ARTGERECHTE TIERHALTUNG IN DER LANDWIRTSCHAFT GEFÖRDERT!

EIGENSTÄNDIGES LANDESPROGRAMM GEGEN RECHTSEXTREMISMUS GESTARTET!

ÖKOLANDBAU GESTÄRKT!

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Niedersachsen, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover
www.fraktion.gruene-niedersachsen.de, gruene@lt.niedersachsen.de
Twitter: www.twitter.com/grueneltnds, Facebook: www.facebook.com/grueneltnds
V.i.S.d.P. Korbinian Deuchler, Bild: istockphoto.com

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
IM LANDTAG NIEDERSACHSEN

ORTSGRUPPENTICKER

HILDESHEIM

Wir, die Grüne Jugend Hildesheim sind eine kleine Gruppe von 5-10 Menschen und treffen uns jeden Dienstag um 17 Uhr im Grünen Büro am Ratsbauhof.
Aktuell beschäftigen wir uns mit dem längerfristigen Projekt Urban Gardening, um unsere Stadt in Zukunft ein bisschen grüner und nachhaltiger zu gestalten. Hierfür haben wir schon verschiede Kooperationspartner gefunden. Außerdem tauschen wir uns auch mit anderen Ortsgruppen in ganz Deutschland darüber aus. Wir freuen uns auch weiter über tolle Anregungen und Ideen.

SCHAUMBURG

Hallo, wir sind die Grüne Jugend im Landkreis Schaumburg. Uns gibt's jetzt gerade 10 Monate. Passiert ist in dieser Zeit eine ganze Menge: Angefangen mit unserer Beteiligung an den Protesten gegen das Atomkraftwerk Grohnde, über Wahlkampfaktionen inklusive Hochtour, bis zu unserem Besuch in der Atomanlage Asse II. Höhepunkt war natürlich die LMV Anfang Oktober in unserer Kreisstadt Stadthagen. Wir hoffen es hat euch, wie uns, gefallen und ihr behaltet uns in guter Erinnerung. Im Moment überlegen wir uns mögliche Aktionen die zur Mitgliedergewinnung beitragen können. Falls ihr Interesse habt schaut mal auf unserer Webseite (www.gj-schaumburg.de) vorbei, oder gebt uns ein „like“ bei Facebook.

HANNOVER

Wir, die GRÜNE JUGEND HANNOVER, sind 20-30 aktive junge Menschen. Bei unseren wöchentlichen Treffen diskutieren wir über Themen und planen unsere Aktionen. In den letzten Wochen haben wir uns besonders mit den Klimawandel beschäftigt. Dafür haben wir Referent*Innen eingeladen die uns zu diesem Thema und drumherum einiges zu erzählen hatten. Nun planen wir unsere Abschlussaktion, nach der wir uns hauptsächlich mit Europapolitik und dabei besonderes der Asylpolitik beschäftigen wollen. Auch haben wir nach kontroversen Diskussionen eine Koordination, nebst Pressesprecher und Schatzmeisterin, gewählt. Bundeweit einzigartig ist das neue Amt der Hedonismusbeauftragten, die sich um gruppenbildende Termine wie Weihnachtsfeiern oder Filmabende kümmern.
Politische Arbeit findet aber nicht nur drinnen bei uns im Petra Kelly statt. So waren wir bei der Anti-Frei.Wild Demo in Hannover mit coolen Transpis dabei und haben auch den Veranstaltern gezeigt was wir von Mainstream Nazi-Rock halten. Auch in Magdeburg auf Demo Magdeburg Nazifrei waren einige von uns dabei!
(Täglich) Aktuelle Infos gibt‘s auch auf unserer Homepage www.gj-hannover.de
Wir freuen uns schon, euch bei der LMV (wieder)zusehen !

GÖTTINGEN

Auch dieses Jahr war wieder äußerst ereignisreich für die GJ Göttingen. Der erste Höhepunkt war der von uns ins Leben gerufene Cannabis-Fotowettbewerb zur Hanfaussaataktion der Aktionsgruppe „Einige Autonome Blumenkinder“, der weit über 60.000 Mal auf unserer Homepage angesehen wurde. Die Gesamtaktion wurde weltweit in der Presse aufgegriffen, es gibt mittlerweile u.a. Nachahmer*innen in Israel.
Außerdem sorgte unsere Unterstützung der antifaschistischen Kampagne „Alles muss man selber machen!“ für eine bundesweite Diskussion über die rechtspopulistischen Tendenzen und Nazis innerhalb der Partei „Alternative für Deutschland“. Und für einen Shitstorm, in dessen Folge
sich u.a. der niedersächsische Grünen-Vorsitzende Jan Haude von uns distanzierte, wir als „grüne SA“ diffamiert und mit Morddrohungen und islamfeindlichen Beleidigungen überschwemmt wurden. Die AfD Göttingen ist nach zahlreichen Rücktritten übrigens nicht mehr arbeitsfähig.
Des Weiteren mobilisierten wir gegen Nazi-Aufmärsche und -Events u.a. in Erfurt, Leinefelde, Wolfsburg und Bad Nenndorf, zur NSU-Prozess-Auftaktdemonstration in München, zur Anti-PKK-Verbots-Demo in Berlin und diversen anderen Ereignissen. Dies erfolgte oft im Rahmen eines der Bündnisse, in denen wir kontinuierlich mitarbeiten: Extrem Daneben, Kurdistan Solidaritätskomitee Göttingen und der Initiative „Kein Naziaufmarsch in Bad Nenndorf“.
Andere Demos, wie etwa zum Internationalen Tag gegen Homo- und Transphobie, gestalteten wir auch mit. Des Weiteren organisierten wir auch noch einige Veranstaltungen & Kundgebungen, u.a. zu alternativer Ernährung, AfD, dem NSU etc., und beteiligten uns am Internationalen Frauenkampftag mit einem Dosenwerfstand unter dem Motto „Sexismus umschmeißen!“ Darüber hinaus verfassten wir einen Offenen Brief, der von 20 Organisationen unterstützt wurde, und forderten darin die Umbenennung zweier nach NS-Tätern benannter Straßen. Für einen von uns initiierten Aufruf zur Demonstration „Rassismus bekämpfen - Verfassungsschutz auflösen!“ am 29.11. in Göttingen sammelten wir insgesamt 56 Unterstützer*innen.
Aktuell arbeiten wir daran, die Kampagne „Pfand gehört daneben“ in Göttingen zu etablieren und organisieren den One Billion Rising Flashmob 2014. Mit unserem Bündnis Extrem Daneben werden wir Anfang nächsten Jahres eine kleine Veranstaltungsreihe zum „NSU“ durchführen.
Wir freuen uns über Besuch von außerhalb!

Alle aktuellen Infos, PMs etc findet ihr wie immer auf unserer Homepage (www.gj-goettingen.de) und wenn ihr uns auf Twitter (@gjgoettingen) folgt.

BRAUNSCHWEIG

Nachdem im letzten Jahr vor allem der Wahlkampf eine große Rolle spielte, startet die Grüne Jugend Braunschweig mit vielen Ideen ins neue Jahr.Unser Frühling soll bunt werden und ganz im Zeichen der blühenden Landschaften stehen. Wir wollen mit dem Fahrrad Blumensamen verteilen und einfach dafür sorgen, dass die Stadt ein bisschen bunter wird.Vor kurzem haben wir uns einen Sonntag zusammengesetzt und uns einen Aktionsplan für das nächste Jahr überlegt. So planen wir im nächsten Jahr mehrere Aktionen für eine blühende Stadt, zu Ernährung und faire Lebensmittel, gegen Repression sowie verschiedene Aktionen mit anderen Gruppen. Aber auch dieses Jahr spielt der EU und Bürgermeister Wahlkapf eine ein große Rolle. Wir sind richtig motiviert und freuen uns das kommende Jahr!

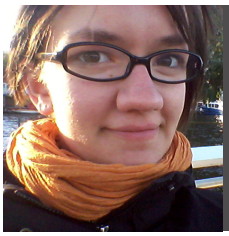
Birte Driesner

FESTUNG EUROPA

Die Europäer_innen scheinen sehr viel Angst zu haben. Zumindest wenn man danach geht, wie sehr sie „ihren“ Kontinent gegen „Fremde“ abriegeln. Der Begriff Festung Europa, der häufig in kritischen Zusammenhängen verwendet wird, kommt nicht von ungefähr. Er beschreibt treffend die Asylpolitik oder eher Abschottungspolitik der Europäischen Union.

Die Europäische Union baut mit ihren Überwachungs- und Grenzschutzsystemen eine Mauer um Europa, um ja nicht von Flüchtlingswellen „überrannt“ zu werden. Die bekannteste Maßnahme der Europäischen Union ist hierbei die Agentur Frontex, die für den „Schutz der Außengrenzen“ zuständig ist. Doch wer braucht hier eigentlich Schutz vor wem?
Frontex operiert in verschiedenen Einsatzgebieten am Mittelmeer, dabei handelt es sich meist um militärische Angriffe gegen Flüchtlinge auf offener See, die eigentlich immer mit Menschenrechtsverletzungen in irgendeiner Art verbunden sind. So werden Flüchtlinge davon abgehalten nach Europa zu gelangen. Ein weiterer Stein, der die Mauer gegen die „Fremde“ noch höher macht.

Woher kommt diese Angst? Europa abzuriegeln und Menschen einfach direkt wieder abzuschieben, ohne die Geschichte zu kennen, ist weder die Lösung für die Probleme der Flüchtlinge, noch die der EU. Europa macht es sich einfach, doch wo ist die menschliche Verantwortung? Es ist die Angst, dass Flüchtlinge einem etwas wegnehmen. Europa hat Angst davor, dass es von Flüchtlingen „überrannt“ wird, dass Flüchtlinge den Wohlstand schmälern und sowieso sind das ja alle Kriminelle. Dass niemand freiwillig sein Zuhause, seine Familie und Freunde verlässt, steht nie zur Diskussion. Man muss sich klar machen, dass wahnsinnig große Not da sein muss, damit jemand den Schritt unternimmt und sich wohlmöglich alleine auf in Richtung Europa macht, nur mit dem Nötigsten und Geld für die Schlepper. Europa kennen die meisten nur aus Geschichten, es ist für viele die letzte Möglichkeit um vor Krieg, extremer Armut oder Verfolgung politischer oder religiöser Art. Europa muss allen Flüchtlingen ein faires Asylverfahren gewähren und sie nicht einfach vor der Küste abfangen und sie zurückschicken, wo für viele kaum Hoffnung auf ein freies und sicheres Leben besteht.



Birte Driesner
ist 20 und studiert in Braunschweig Politik und Soziologie.

Simon Oehlers

„DER BARMHERZIGE SAMARITER HAT AUCH NICHT GEFRAGT, OB DER GÜLTIGE PAPIERE HAT.“

Im Interview sprechen Andreas Listowell, der Sprecher der Lampedusa-Flüchtlinge auf St. Pauli und Sieghard Wilm, einer von zwei Pastoren der St. Pauli Kirche über ihr Engagement für ein Bleiberecht der Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg.

Herr Listowell, Sie befinden sich seit etwa einem Jahr in Hamburg. Wie kam es dazu?

LISTOWELL: Wir waren ausländische Arbeiter in Lybien und während der Revolution wurde unser Leben sehr gefährlich. Der einzige Weg um zu überleben war das Mittelmeer zu überqueren, denn es gab keine Möglichkeit dem Krieg zu entkommen. So kamen wir nach Italien und die Italiener entschlossen sich, uns aufzunehmen.

Wie lange waren Sie dann in Italien?

LISTOWELL: Wir kamen auf Lampedusa an und dann verteilten sie uns auf verschiedene Städte. Ich war in Mailand und nach zwei Jahren entschieden die italienischen Behörden, sich nicht weiter um uns zu kümmern und sagten, dass wir in ein anderes Land gehen sollten.

Und wie kamen Sie nach Hamburg?

LISTOWELL: Uns wurde gesagt, dass jeder vor dem Verlassen des Lagers 400,-€ erhalten würde und dann seine Sachen packen sollte. Uns wurde außerdem ein Schengen-Visum gegeben. Als ich hier ankam, kannte ich niemanden und so fragte ich jemanden, wo ich hier Ghanaer treffen könnte. Er zeigte mir einen Ort, an dem viele Ghanaer waren und Spiele spielten oder Fußball guckten und ich fragte einige ob ich bei Ihnen unterkommen könnte, aber die sagten alle nein. Aber es gab das Winternotprogramm (Unterkünfte für Obdachlose in den Wintermonaten)* und ich ging am nächsten Tag ins Pik Ass (Obdachlosentagesstätte)*. Sie machten eine Fotokopie von meinen Dokumenten und sagten dann, dass ich bis April bleiben könne. Abends fuhr ein Bus dorthin und morgens früh wurde man wieder in die Stadt gebracht. An einer Rezeption musste man sich an- und abmelden.

WILM: Das bedeutet also, dass sie eine Liste mit all euren Namen hatten.

LISTOWELL: Ja, sie hatten eine Liste.

WILM: Ich meine, das ist wirklich widersprüchlich, denn später sagten sie, ihr hättet eure Identität nicht preisgegeben.

LISTOWELL: Als das Winternotprogramm beendet wurde, wurden auch in der Ausländerbehörde Fotokopien von unseren Papieren gemacht. Danach sagten sie aber, dass wir zurück nach Italien gehen sollten.

Sie hatten nun keine Bleibe mehr. Für wie lange waren Sie obdachlos?

LISTOWELL: Ich glaube ab April und wir kamen hierher Ende Mai..

WILM: Ende Mai standen zuerst einige Leute vor meiner Tür und fragten: „Wo können bleiben? Wir bekommen immer einen Brief vom Bezirklichen Ordnungsdienst in dem steht, dass wir weggehen und den Park verlassen sollen. Wir können uns nicht in Luft auflösen.“ Also sagte ich, dass sie hierher kommen könnten, wenn sie gar keine andere Möglichkeit sehen. Aber ich war sehr optimistisch, dass die Verhandlungen zwischen dem Diakonischen Werk, also der Kirche, und dem Sozialsenator Detlef Scheele, darüber die Flüchtlinge an einem Ort unterzubringen, erfolgreich sein würden. Es war schockierend für mich zu erfahren, dass sie am Abend des 1. Juni stoppten, denn man war einer Übereinkunft schon sehr nahe.

Durch wen wurden die Verhandlungen gestoppt?

WILM: Soweit ich weiß, geschah das durch den Innensenator, denn er meinte, dass eine Auflage bei der Übereinkunft gemacht werden müsste. Nämlich, dass jeder seine Papiere vorzeigen und Fingerabdrücke abgeben müsse und solche Sachen.

Wie kam es dann dazu, dass sich die Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ bildete?

LISTOWELL: Unser Treffpunkt war ein Schiff mit einer Ausstellung über Flüchtlinge während des Kirchentages und hier planten wir auch unsere erste Demonstration. Das war am 22. Mai, da betraten wir friedlich das Rathaus und begannen innen mit der Demonstration. Unsere Sprecher sprachen mit einigen Leuten und als sie wiederkamen meinten sie, dass wir ruhig gehen sollten und in drei oder vier Tagen würden die

Leute im Rathaus versuchen eine Lösung für uns zu finden. Da wussten wir noch nicht, dass das nur gesagt wurde, damit wir das Rathaus verlassen. Denn nach drei Tagen stand in den Nachrichten, dass wir kein Recht hätten hier zu bleiben, denn Italien sei zuständig für unsere Situation und Deutschland hätte nichts damit zu tun. Also sollten wir wieder zurück nach Italien gehen.
WILM: Weißt du, was sie taten? Sie riefen den italienischen Botschafter an und der sagte, dass die Flüchtlinge alle selbstverständlich wieder zurück nach Italien kommen könnten. Ich meine: Wie widersprüchlich ist das? Erst sagen sie ihr sollt gehen, dann schließen sie die Lager und später sagt der Botschafter, dass ihr alle wieder zurückkommen könnt. In diesem Moment fasste die Hamburger Regierung den Entschluss: „Das ist die Sache Italiens, wir sind nicht zuständig!"

Als nun also die Verhandlungen zwischen Kirche und Senat gescheitert waren, kamen die Flüchtlinge wieder zur Kirche. Was taten sie?
WILM: Sie fragten nach einem Schlafplatz und wir besprachen die Sache in der Kirche. Dann hieß ich sie willkommen.

Wie viele Flüchtlinge waren zu diesem Zeitpunkt da?
LISTOWELL: Am ersten Tag waren es 30, aber innerhalb von vier oder fünf Tagen erhöhte sich die Anzahl.
Wilm: Ich glaube die höchste Anzahl waren 120 oder so, wir mussten die Zahl aus sicherheitstechnischen Gründen auf 70 reduzieren. Später kamen dann 80 aber das war auch in Ordnung. Es kamen dann sehr viele Freiwillige und Unterstützer, Leute die ich zum Teil noch nie zuvor gesehen hatte, das war wirklich erstaunlich. Schockiert hat mich, dass in dieser ganzen Zeit kein einziger Vertreter des Senats oder der Innenbehörde kam. Ich habe das Gefühl, wir wurden hier eher als ein Feind gesehen.

Es gab viele Unterstützer der Gruppe. Gab es auch Situationen in denen Sie auf Ablehnung gestoßen sind?
LISTOWELL: Seit wir hier sind, erleben wir eine hohe Solidarität und ich fühle mich willkommen in Hamburg. Ich würde sagen, dass die Menschen in Hamburg uns mögen, das Problem kommt von offizieller Seite.

Die Position der Ausländerbehörde war Ihnen Hilfe zu gewähren, soweit Sie Ihre Identitäten offenlegen. Warum taten Sie das nicht?
LISTOWELL: Sie haben zu Anfang gesagt, dass wir kein Recht hätten, hier zu bleiben und dass wir zurück gehen müssten, doch zur gleichen Zeit forderten sie uns auf, unsere Identitäten offenzulegen. In dieser Situation waren wir also besorgt, dass es die Bestrebung geben könnte, uns in unsere Heimatländer abzuschieben.

Sie haben diese Aktionen gemacht, für Monate und Monate Hilfe für die Flüchtlinge geleistet und der Innensenator hat immer wieder auf das Dublin2 Abkommen, also auf geltendes Recht, verwiesen. Waren Ihre Aktivitäten also wichtiger als geltendes Recht?
WILM: Man muss ganz klar sehen, dass die Kirche hier humanitäre Hilfe leistet. Sie hilft Menschen, die in Not sind. Die Regierung Italiens hat die Flüchtlinge vertrieben und damit hat Italien meines Erachtens Dublin2 gebrochen. Also wenn wir hier über Achtung von Gesetzen reden, dann ist genau das durch Italien nicht geschehen. So etwas darf nicht vorkommen, ist aber vorgekommen. Das ist nun zurückzuführen auf eine politische Spannung zwischen den sogenannten Südländern, die die Hauptlast trifft und die letztlich nicht mit dem Rahmenwerk von Dublin2 klarkommen, und den Nordländern in Europa.

Auch die Südländer haben mal Dublin2 zugestimmt.
WILM: Ja, sie haben zugestimmt aber die Kritik an Dublin2 geschieht durch die Südländer und das es nicht funktioniert sieht man an den Südländern.

Der italienische Botschafter hat gesagt, die Leute könnten zurückkommen.
WILM: Ja wohin? Dann soll er sagen wohin. Die Lager in denen die Männer waren gibt es nicht mehr. Das ist zwar eine pauschale politische Aussage aber es ist nicht klar, wie das realpolitisch umgesetzt werden sollte und wir wissen,

dass die Situation in Italien furchtbar ist. Es geht hier um Menschen und das heißt, es gibt die Menschenrechte, es gibt die Grundrechte der Menschen und es gibt auch die Rechte der Flüchtlinge. Denen werden wir gerecht.

Würden Sie also sagen, dass der Innensenator die Menschenrechte nicht berücksichtigt?

WILM: Er hat eine ordnungspolitische Perspektive, und sieht darin migrationspolitische Probleme. Wir sehen den Menschen mit seinen Bedürfnissen und das ist auch unser gutes Recht. Ich kritisiere gar nicht die Perspektive, die ein Innensenator einnehmen muss aber wir müssen eine andere haben, weil wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Natürlich ist die Kirche kein rechtsfreier Raum, aber sie schafft einen Denkraum in dem auch über Gerechtigkeit nachgedacht wird und natürlich ist das alles grob ungerecht und die Geschädigten dieser ganzen Sache sind die Flüchtlinge selber, nicht die Staaten. Doch an allererster Stelle geht es um das, was der barmherzige Samariter getan hat. Der hat auch nicht gefragt, ob der, der da zwischen Jerusalem und Jericho auf der Straße lag gültige Papiere hat, sondern der hatte einfach eine Not und der musste entsprochen werden. Der barmherzige Samariter hat auch nicht zuerst die Frage gestellt, warum das überhaupt passieren darf, dass da einer liegt, der jetzt zusammengeschlagen wurde, also als Opfer auf der Straße ist. Er hat auch nicht gesagt: „Die Autoritäten sollten endlich mal etwas tun, damit die Straße sicherer wird!“, sondern er hat das getan, was dran war, nämlich einem konkreten Menschen geholfen, in einer konkreten Notsituation. Nothilfe, dass heißt nicht, dass wir den Anspruch haben, in dem Moment eine politische Lösung auf den Tisch legen zu können. Wir müssen den Leuten Essen, Trinken und Kleidung geben und das Notwendigste, was man braucht. Mehr nicht, das ist unser Mandat.

Es gab Demonstrationen und dabei gab es auch Gewalt. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion machte seinerzeit auch die Kirche für Eskalationen mitverantwortlich. Wie ist Ihre Position hierzu?

WILM: Die allermeisten Demonstrationen verliefen sehr friedvoll und die größte zählte mehr als 12.000 Teilnehmer. Was später passierte, am 21. Dezember, war ein Mix der Themen: Rote Flora, Esso-Häuser und Lampedusa. Wir haben immer gesagt, dass das gefährlich ist, denn am Ende werden diese Menschen auf eine Art instrumentalisiert, von Leuten, die wirklich bereit sind, Gewalt anzuwenden. Die Flüchtlinge werden dann als ein Grund dafür benutzt, einen Stein zu werfen.

Würden Sie also sagen, dass die Gewalt auf der Demonstration nicht dem Ziel der Flüchtlinge diente?

LISTOWELL: Auf gar keine Art. Wir sind nicht für Gewalt hier, wir wollen nur, dass die Öffentlichkeit von unserer Situation erfährt. Wir wollen nicht, dass Gewalt in unserem Namen ausgeübt wird. Ich hatte schon die Situation, dass jemand sagte: „Diese Leute kommen aus dem Krieg und nun bringen sie den Krieg nach Hamburg.“ Das ist das, was wir nicht wollen.

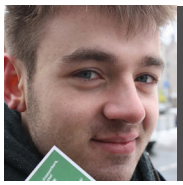
Eine letzte Frage: Zuletzt haben die Lampedusa-Flüchtlinge ihre Identitäten offengelegt. Haben Sie sich nun also doch dem Druck des Innensenats beugen müssen?

LISTOWELL: Es haben nicht alle Flüchtlinge ihre Identitäten offengelegt, das waren individuelle Entscheidungen.

WILM: Wir haben immer gesagt, dass wir keinen Druck ausüben, aber wir raten dazu. Das hat uns übrigens wieder Kritik aus dem linken Lager eingebracht, das dann gesagt hat, wir seien eine Art Verräter. Aber es ist der beste Deal, den wir bekommen konnten, denn wenn die Flüchtlinge ihre Papiere vorzeigen, erhalten sie eine Duldung. Die Männer haben alle eine anerkannte Schutzbedürftigkeit durch den italienischen Staat. Die einzige Frage ist also, ob sie in Deutschland geschützt werden müssen oder wieder nach Italien ausgewiesen werden müssen.

LISTOWELL: Unsere Forderung ist ein Bleiberecht aus humanitären Gründen.

Vielen Dank für das Gespräch.



Simon Oehlers

studiert in Braunschweig Erziehungswissenschaft und interessiert sich neben Niedersächsischer auch ein wenig für Hamburger Politik.

Nino Novakovic

ASYLPOLITIK IN DEUTSCHLAND

Die Deutscher Asylpolitik, ist ein sehr schwieriges Thema, weil es sich um Menschen handelt, die Sicherheit in Deutschland suchen, wegen Verschiedenen Gründen. Das kann die politische Verfolgung sein, die Verfolgung auf Grund der Ethnie, Religion. Sexuelle Orientierung und etc.
Die Deutsche Bleiberecht Regelung ist seit paar Jahren nicht mehr reformiert worden. Es sind nur Stichgangs Gesetze eingeführt worden, wie z.B. der § 25. a, „ Für gut Integrierter Jugendlich„ In jedem Paragraph sind Förderungen zu erfühlen, wie bspw. die Anforderung: „ Man muss 6 Jahre ununterbrochen in Deutschland sein, damit man ein Aufenthaltsrecht haben kann„!
Dieser Anforderung hat mir ein großes Problem verursacht, Recht auf Aufenthaltsrecht zu erlangen:

Ich bin in Deutschland geboren, bzw. in Einbeck. Habe bis zu meinem achtem Lebensjahr in Deutschland gelebt, zweiter Klasse absolviert und danach mit meiner Familie nach Serbien gezogen.

Meine Eltern sind Roma aus Serbien, sind damals 1989-ger nach Deutschland geflohen und so sind meine 3 Geschwister und ich in Deutschland geboren. Meine älteste Schwester war 9 Monate alt, wenn meine Eltern geflohen sind und mein Bruder (8) ist in Serbien geboren.

Von 2003 bis 2011 haben meine Familie und ich in Serbien gelebt. Vieles erlebt und durchgemacht, innerhalb den 8 Jahren, bis wir dann 2011, nach meine Lungenzündung und schlimmere Nervenerkrankung Erkrankung meiner Mutter nach Deutschland zurückgekehrt.

Haben im Braunschweig Asyl beantragt , nach einer Woche haben wir uns in Northeim wieder angemeldet, eine Wohnung gefunden , meine Geschwister und ich haben uns in der Schule angemeldet und meine Mutter könnte endlich medizinisch versorgt werden. Es ist ein neue Leben Abschnitt für meine Familie und mich angefangen.

2012 habe ich den Hautschullabschluss erworben, und 2013, im Juni denn erweiterten Sekundarabschluss 1 und hatte 2012 schon ein Ausbildungsplatz als Fachkraft für Lagerlogisitik. Trotz all dem, habe ich keinerlei Möglichkeiten Aufenthalt zu erlangen, durch jetzige Bleiberecht Regelungen.

Meine Einziger Möglichkeit in Deutschland zu bleiben, war es ein Antrag an der Niedersächsischen Härtefallkommission zu stellen. Durch diesen Antrag muss man zeigen, dass man in Deutschland „Integriert„ ist und dass man den Aufenthalt verdient hat. Man muss auch überzeugen, warum wäre das eine besondere Härte, in dem Land, in welcher man die Staatsbürgerschaft hat, abgeschoben zu werden. Dies Bezüglich habe ich eine Online Petition gestartet:„ https://www.openpetition.de/.../helft-mir-in-meinem-heimatland-zu-bleib“.
Die Härtefallkommission ist die letzte Möglichkeit, vor der Abschiebung, Aufenthalts Erlaubnis zu erlangen. Schaft man das nicht, ist man von der Abschiebung bedroht, ohne was dagegen gesetzlich tun zu können.
Seit März bis Juni 2013 habe ich die Unterlagen für die Härtefallkommission gesammelt und zwar Unterschriften, Stellungnahmen über mich, alle mögliche Zeugnisse von mir, Ausbildungsvertrag, all mögliche Zertifikate usw. Das war eine schwierige Zeit für mich, die ganzen Unterlagen zusammen zu kriegen, aber durch größer Unterstützung meiner Freunde, Bekannten und Leuten die sich für mich solidarisiert haben, habe ich all die

Unterlagen zusammen gekriegt. Bei dem ganzen Antrag Prozess hat mich Projekt „ Fairbleib„ aus Göttingen begleitet und sehr unterstütz.

Im Juli 2013 habe ich denn Antrag an der Härtefallkommission gestellt und der Antrag ist im August zu Beratung angenommen worden. In dem Zeitpunkt wo er angenommen worden ist, ist es Abschiebestopp für mich, bis sie denn Antrag nicht zu Ende beraten und entscheiden, ob ich Aufenthalt bekomme.
Seit dem warte ich auf die Entscheidung.

Das war jetzt ein Beispiel von meinem Leben, wie schwierig es ist Aufenthalts zu erlangen, wenn man nicht die Anforderungen erfüllt. Es sind tausende von Menschen daran betroffen, dass sie an Anforderungen mangeln, die teilweise gar nicht entscheiden sind, für das Leben in Deutschland. Jugendliche leiden darunter, die in Deutschland aufgewachsen sind, die teilweise kein Anderen Land kennen, als Deutschland, aber trotzdem von den Deutschen Ämtern gesagt wird, wir schieben dich in deinen Land zurück.
Die Jugendliche versuchen ihr Bestes zu geben in Deutschland integriert zu sein, Abschlüsse zu erlangen, Beruf zu erlernen aber dann doch noch am Ende Abgeschoben zu werden, mit einem Deutschen Abschluss in der Hand.

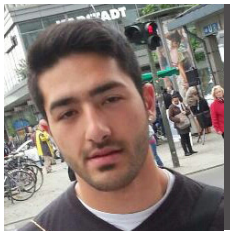
Das ganze Paradoxe daran ist, dass Deutschland an Fachkraft Mängel leidet, das heißt das Deutschland, so viel wie möglich Menschen und Jugendliche braucht, die hier zu schule gehen, Beruf erlernen, arbeiten, einfach hier Leben.
Das zweiter ist der Demografische Wandel. In Deutschland haben wir mehr und mehr weniger neue Geborene als die Sterberate in Deutschland ist. Die Bevölkerungszahl sinkt quasi! Dadurch entstehen Renten Probleme (mehr Rentner als Rente Zahlen).
Was wird dagegen gemacht, gar nichts!
Die Regierung denkt nicht mal daran die Bleiberechts Regelung zu reformieren.
Stattdessen macht sie es nur noch schlimmer, wie z.B. die neue Gesetzgebung für 2014 und die heißt das Serbien, Kosovo, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina als Sicherheitsstaaten gelten, was dazu bringt, dass Asylantrag von Asylsuchende aus diesem Staaten gar nicht mehr geprüft werden können. Dieses Gesetzt wird sehr viel die Roma aus diesem Staaten zu spüren zu bekommen.
Die Roma werden in diesen Staaten sehr diskriminiert, gehasst, gegen Roma gehetzt, aber dann werden sie keinen Asyl mehr beantragen können in Deutschland. Die meisten Roma aus diesen Staaten haben schon mal in Deutschland gelebt oder sogar Kinder auf die Welt gebracht.
Mit der Eröffnung des Schengens ankommen in diesen Ländern haben die Roma die Möglichkeit gesehen von der Diskriminierung zu fliehen, in einem Leben mit mehr Hoffnung für die Kinder, aber leider wird von der Deutscher Regierung, nicht dies nicht Anerkannt.
Was wir und auch Deutschland nicht vergessen dürfen, aber leider tut es die Deutscher Regierung ständig, ist das Deutschland in der Verantwortung gegenüber Roma und Sinti ist wegen der Verfolgung im dem zweitem Weltkrieg, wo ca. 2 Million Roma und Sinti ermordet, sterilisiert, lebendig Verbrannt, als Versuch Kaninchen benutz worden und viele andere unmenschliche, kranke Sachen angetan worden!

Mit dem Asyl System läuft es zurzeit, auf der Bundesebene in ganz andere Richtung, als sie gehen sollte.
Man muss sich mal vorstellen, wie schwierig es ist die Deutscher Staatbürgerschaft zu beantragen können. Ich z.B. kann die Deutscher Staatsbürgerschaft, wenn alles gut läuft, in zehn Jahren beantragen können. Das heißt ungefähr in meinem 28-ten Lebensjahr, kann ich die Deutscher Staatbürgerschaft beantragen, wenn was schief läuft, muss ich noch länger warten.
Jetzt wenn man Deutschland mit USA oder Frankreich vergleicht mit der Staatbürgerschaft Erlangen, ist Deutschland klar hängengeblieben. Wenn man in USA und Frankreich dort auf die Welt kommt, hat man automatisch auch die Staatbürgerschaft. So was finde ich sehr gut, denn mit so einem

Gesetz, zeigt der noch mal das Land das es ein Empfangs Land ist. Leider ist es Deutschland soweit noch nicht.

Meiner Meinung nach ist unsere Aufgabe, als Grüne Jugend, ist es so viel wie möglich in der Richtung Asyl (Bleiberechts Regelungen, Abschiebestopp, Flüchtlings-und Migrationspolitik) Politik zu machen und besonders viel in den Bundesländer, wo wir Grüne in der Regierungen sind.
Die GJ Ortsgruppen vor Ort können super viel machen, mit den Menschen vor Ort wie z.B. Beratung oder Asylheime Besuch usw.
Meiner Meinung nach, brauchen wir innerhalb der GJ und auch innerhalb der Grünen noch mehr Bildung über der Asylpolitik z.B. in das Thema Bleiberecht etc. denn viele von uns wissen gar nicht wie es ist, als Asyl Bewerber in Deutschland.

Mein Appell an euch ist es, macht bitte das Asyl Politik zum Thema, in euren Ortsgruppen , macht cooler, verschiedene Aktion, hilft denn Menschen vor Ort, denn es geht um Menschen bzw. Menschenrechte und das ist ein Kern Thema von uns Grüne Jugend und Grüne.
Viele solidarische Grüße



Nino Novakovic

18 Jahre alt, aus Northeim. Macht zuzeit ne Ausbildung als Fachkraft für Lagerlogistik. Wünsch: Soziale Arbeit und Politik Wissenschaften studieren.

IGEL NR.64 2014

ZEITSCHRIFT DER GJ BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Was ist den eigentlich GJHB und GJN?

GJHB und GJN, das sind die Landesverbände der GRÜNEN JUGEND in Niedersachsen und Bremen. Bei uns sind Jugendliche und Junge Erwachsene bis 28 politisch aktiv und stellen so einiges auf die Beine. Als Jugendorganisation von Bündnis 90/Die Grünen wirken wir in und außerhalb der Partei und tragen junge Positionen in die Gesellschaft. Die GJ ist ein progressiver Jugendverband und orientiert sich an den Grundsätzen Ökologie, Basisdemokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit. Wir bündeln und vernetzen die Aktivitäten der Basisgruppen in Niedersachsen und Bremen. Dazu gehören unser Landesmitgliederversammlungen, Seminare, Workshops und gemeinsame Großaktionen. Das spricht dich an? Dann komm zur GJHB oder GJN!